

# Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

## Erscheint

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 4.00 RM.,  
bei allen Postämtern 4.50 RM.

## Druck und Verlag:

V. Hunsold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

## Anzeigen-Preis:

für die einspaltige Zeile oder deren Raum 75 Pf.  
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 45.

Freitag, Nr. 49.

Mittwoch, den 19. Oktober 1921.

Postfachkonto  
Breslau 18664

43. Jahrg.

## Hundschau.

### Der Reichstag

ist für Donnerstag, den 20. Oktober einberufen worden. Mit dem Rücktritt des Reichslandtags wird noch vor Einberufung des Reichstages gerechnet.

### Bürgerliche Mehrheit im „roten“ Berlin.

Berlin, 17. Oktober. Gestern fanden in Berlin Stadtverordnetenwahlen statt. Auf Grund der um 1 Uhr verkündeten Zahlen hat der „Votantenzeitung“ folgende Verteilung der Mandate errechnet, wobei er davon ausgeht, daß die Zahl der Mandate auf 225 festgelegt ist: Demokratische 44, Volkspartei 34, Wirtschaftspartei 11, Deutsch-Sozialen 3, Zentrum 7, Demokraten 17, Wehrheitssozialisten 45, Unabhängige 41 und Kommunisten 20. Danach stehen 116 bürgerlichen Abgeordneten 108 der Linken gegenüber.

Nach den Berechnungen der Roten Fraktion steht sich das neu gewählte Stadtparlament aus 114 bürgerlichen und 111 sozialistischen Stadtverordneten zusammen.

Der Vorwärts gesteht in seiner Abendausgabe ein, daß die politische Arbeiterbewegung in Groß-Berlin durch die Stadtverordnetenwahlen eine schwere Niederlage erlitten hat. Er schreibt: Das Bürgerturn hat erreicht, woran zu denken zu bedarf und Eingangs Zeit beinahe eine Möglichkeit war: Berlin, das rote Berlin hat keine sozialistische Mehrheit.

Der Vol. Anz. weist auf das starke Anwachsen der deutschnationalen Volkspartei hin und nennt es ein Zeichen der Zeit, das dem Regierenden aller Orten in den deutschen Landen zu denken geben sollte.

## Oberschlesien.

### Ein Ausruf des Deutschen Ausschusses.

#### Oberschlesien!

Seit Monaten warten wir auf die Entscheidung. Wir wissen nicht wie sie ausfallen wird. Die aus Genuß verbreiteten Nachrichten bedrohen aber die Einheit Oberschlesiens. Niemals wird das deutsche Volk eine solche Entscheidung ertragen. Wir wissen, daß es keinen Oberschlesien gibt, der die Teilung des Landes und die Zerreißung untröstlicher Familienbände wünscht. Diese Erregung durchdringt das Land. Von neuem sind viele hunderttausend Deutsche von Fremdenherrschaft bedroht. Wir werden niemals vergessen, daß deutsch unser Empfinden, deutsch unsere Muttererde ist. Unsere schwerste und letzte Pflicht ist es, in unserer ober-schlesischen Heimat auszuharren, deren Anblick wir geformt, deren Wirtschaft wir das Leben gegeben haben.

Klaren Auges müssen wir der Zukunft entgegensehen. Unser Recht kann man verweigern, weil Deutschland ohnmächtig ist, aber auch unser schmerzlicher Feind kann uns nicht unser Volkstum rauben. Ihr alle, die Ihr deutsch denkt und fühlt, schließt Euch zusammen! Scharrt Euch um Eure Führer! Löst fallen die Parteiunterschiede und den Parteihader! Denkt an Eure deutschen Brüder in Polen, Westpreußen und Böhmen, die schon jetzt in ihrer Einheit eine Macht bilden. Sie werden Euch freudig die Hand reichen mit ihren tausend schweren Erfahrungen.

Laßt Mut und Hoffnung nicht sinken! Bewahrt Ruhe und Besonnenheit! Schließt Euch politisch eng zusammen! Die Wege für den Zusammenschluß sind bereitet. Wie immer auch die Entscheidung bald fallen möge, sie muß uns als einiges und geschlossenes Volkstum finden.

Kattowitz, den 15. Oktober 1921.

Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien.  
Dr. Lutschke.

### Ein schwarzer Tag.

Genf, 13. Oktober. Es war ein schicksalsschwerer Augenblick, als gestern die Ratsmitglieder der Treppe des Völkerbundspalastes herniederstiegen. Volfour verschwand plötzlich im großen Garten, in dem er alle Neugierigen abwehrte. Stürmisch wurde auch der alte Bourgeois, der mühsam einerschritt, bedrängt. „Wir haben soeben das Protokoll unterzeichnet“, sagte er, wies die Fragen ab und ging langsam hinaus. In der großen Halle zögerten sich einige polnische Herren, die sich nach allem noch bemühten, sich unzufrieden zu gebärden. In einer Ecke fand eine kleine Gruppe deutscher Journalisten, von denen keiner an der Vergewaltigung des durch deutsche Arbeit geheiligten Rechts und des durch deutsche Kultur gedüngten Bodens zweifelte. Unter ihnen wollte ein Herr der saarländischen Abordnung, der in den Völkerbundsdälen herankam, um von dem Völkerbundsrat, der soeben deutsche Erde an Polen vergeben hatte, Schutz für seine ohnehin schwer bedrängte Heimat zu erbitten. Dann kehrte allmählich Ruhe im großen Gebäude am Genfer See ein. Man wartete, bis der Sekretär die angekündigte amtliche Mitteilung verteilte. Mit fieberhafter Spannung aberfiel man sie. Kein Wort über die Grenze, nur das Gedächtnis, daß sie das deutsche Industriegebiet zerschneiden. Jetzt wußten auch die, welche noch daran gewöhnt hatten, daß der Völkerbund t-og aller pomphesten Redensarten immer wieder vor Frankreich kapituliert und daß er sechs Wochen lang ein bössartiges Spiel mit den Hoffnungen Deutschlands und der Welt getrieben hat. Man las das mit geschwächten Gelegenheitsphrasen gespickte Dokument noch einmal und schüttelte den Kopf. Als die Halle sich gänzlich leerte, hörte man einen Schweizer sagen: Ein schwarzer Tag für Deutschland, aber unendlich schwarzer noch für den Völkerbund. Dieses Urteil wird die Geschichte bestätigen.

### Was Deutschland verliert.

Berlin, 14. Oktober. Wenn sich die Nachrichten über die Teilung Oberschlesiens bestätigen, gehen 86 Prozent der ober-schlesischen bzw. 42,5 Prozent der gesamten deutschen Rohlenvorräte bis 1500 Meter Tiefe verloren. 64 Prozent der ober-schlesischen Steinkohlenförderung kommen an Polen, was nach den Förderungsgebern von 1913 einen jährlichen Ausfall von 28 Millionen Tonnen Steinkohlen für Deutschland bedeutet. Hinzu kommt, daß die deutsch bleibenden Rohlenwerke größtenteils fast abgebaut sind. Von der gesamten deutschen Zinkproduktion gehen mehr als 60 Prozent an Polen verloren, ebenso kommen sämtliche deutsche Zinkblättern Oberschlesiens in polnische Hand. Von der deutschen Bleierzförderung und den darin enthaltenen Silbererzen gehen 27 Prozent verloren, da 75,4 Prozent der ober-schlesischen Bleierzvorkommen im abgetrennten Gebiet liegen. Für die Eisenindustrie lassen sich noch keine genauen Zahlen mitteilen, doch auch hier ist mit einem Verlust von mehr als 63 Prozent der ober-schlesischen Eisenindustrie zu rechnen.

### 14 Tage Frist.

Rotterdam, 14. Oktober. „Daily Express“ meldet aus Paris, daß die französische Regierung im Völkerbatterot beantragt hat, sowohl Deutschland wie Polen eine 14tägige Frist zur freiwilligen Annahme der Genfer Entscheidung zu lassen, die Genfer Entscheidung aber als Teil des Friedensvertrages zu erklären, dessen Anerkennung ebenso wie die des Friedensvertrages selbst durch Deutschland gefordert werden muß.

### England und Völkerbatterkonferenz nehmen das Gutachten an.

London, 15. Oktober. Die „Times“ meldet: Das britische Kabinett beschloß auf seiner gestrigen Sitzung, die Vorschläge des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage an die Völkerbatterkonferenz zur Annahme zu verweisen. Man erwartet, daß die Völkerbatterkonferenz heute oder am Montag zusammentritt, um die Vorschläge anzunehmen.

Paris, 15. Oktober. Die Völkerbatterkonferenz hat sich in ihrer heutigen Sitzung der vom Völkerbundsrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzgebung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgelegt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

### Nach 15 Jahren.

Zürich, 17. Oktober. Die „Basler Nachrichten“ weisen in einer Besprechung über die Genfer Entscheidung auf die für Deutschland wichtige Bestimmung hin, daß die deutsche Währung für 15 Jahre in dem abgetrennten Gebiet aufrecht erhalten bleibt. Die Beibehaltung der deutschen Mark werde Oberschlesien von Polen abschließen. In diesen 15 Jahren werde Polen also auch dem Teil Oberschlesiens, der ihm politisch verfallt, nicht allzuviel anhaben können. 1936 werde man dann weiter reden.

### Die Vorbereitungen der J. R. zur Uebergabe Oberschlesiens.

Oppeln, 17. Oktober. Bei der J. R. und in den Kreisbefehlshabern des Abteilungsgebietes herrscht reges Leben. Ueberall werden Vorbereitungen für die Uebergabe getroffen. Der Abtransport der interalliierten Truppen ist so geplant, daß zunächst die Engländer und Italiener und zum Schluß die Franzosen abgeführt werden. Die französische 49. Division, die für Oberschlesien besonders zusammengeführt worden war, wird nach ihrer Rückkehr nach Frankreich aufgelöst, bis auf das 20. Jägerbattalion, das voraussichtlich nach Memel zur Unterstützung des dortigen Kommandos verlegt werden wird.

Oppeln, 17. Oktober. Die Entscheidung des Völkerbundsrates ist am Sonntag der Interalliierten Kommission durch die Völkerbatterkonferenz übermittelt worden. Sie darf jedoch der ober-schlesischen Bevölkerung erst dann bekannt gegeben werden, nachdem die Entscheidung in Berlin und Warschau bekannt ist. Sie wird bis dahin streng geheim gehalten. Mit der Entscheidung ist am Donnerstag zu rechnen, da auch die Vorkehrungsmaßnahmen der J. R. beendet sein dürften.

### Wann verläßt die J. R. Oberschlesien?

Oppeln, 14. Oktober. Gegenüber den Meldungen, daß die Verhängung des Belagerungsstandes kurz vor der Entscheidung dringlich sei, sowie ferner, daß eine Ueberföhrung der J. R. oder eines Teiles von ihr nach Gletow in Aussicht genommen sei, wird von gutunterrichteter interalliierte Seite zuverlässig mitgeteilt, daß darüber nichts bekannt ist. Auch über die Meldung, daß die Entscheidung der Kommission in Oppeln bereits vorliegt, ist in der Kommission nichts bekannt. Die Kommission weiß nur das eine, daß eine ideale Lösung des ober-schlesischen Problems auch vom Völkerbundsrat nicht gefunden worden ist, sondern daß eine Teilung Oberschlesiens eintreten wird, so schmerzlich diese Lösung für beide Teile auch sein mag. Die Interalliierte Kommission weiß ferner, daß sie nach Urteil

83 des Friedensvertrages einen Monat nach der gefallenen Entscheidung ihre Tätigkeit in Oppeln beenden und Oberschlesien verlassen sollen. Die Kommission ist der Ansicht, daß trotz der auf beiden Seiten vorhandenen Nervosität die Einsicht regiert wird, und daß die Bevölkerung die Entscheidung in Ordnung und Disziplin aufnehmen wird. Davon hängt es ab, ob die Kommission laut Friedensvertrag ihre Mission einen Monat nach der gefallenen Entscheidung beenden können. Sie ist jedenfalls entschlossen, falls sich Demonstrationen oder Kundgebungen ereignen sollten, ob von deutscher oder von polnischer Seite, sofort einzuschreiten und die Ruhe und Ordnung so lange aufrechtzuerhalten, bis die Uebergabe erfolgt ist und die Kommission das Land verlassen kann. Die Entscheidung selbst wird dem ober-schlesischen Volke in feierlicher Form bekanntgegeben werden, doch ist es wahrscheinlich, daß dies später geschehen wird, als die Entscheidung in Paris oder London der Öffentlichkeit bekannt sein wird.

#### Die wirtschaftlichen Bestimmungen.

Rotterdam, 16. Oktober. „Der Courant“ veröffentlicht gestern die grundlegenden Daten der ober-schlesischen Entscheidung.

1. Es wurde beschlossen, eine Grenze zu ziehen, die das Industriegebiet durchschneidet und die nach den Grundgesetzen geschaffen wurde, daß ein Minimum von Polen auf deutscher Seite und ein Minimum von Deutschen auf polnischer Seite zurückbleiben sollte.
2. Da der Kern der Streitfragen wirtschaftlicher Art ist, wurde der Versuch gemacht, die Bedeutung der politischen Grenze dadurch herabzusetzen, daß gleichzeitig wirtschaftliche Maßnahmen beschlossen wurden, um den wirtschaftlichen Charakter des Industriegebietes anerkennen zu erhalten, und zwar 15 Jahre lang. Es wurde vorgeschlagen, falls beide Teile es wünschen, eine gemischte Kommission von Deutschen und Polen unter dem Vorsitz eines Mitglieds des Völkerbundes einzusetzen. Diese Kommission soll Generalvollmacht haben, um die Einzelheiten für die praktische Durchführung des Beschlusses des Völkerbundesrat zu ausarbeiten. Sie soll durch eine Reihe gemischter Ausschüsse von Sachverständigen unterstützt werden.
3. Bezüglich der Eisenbahnen soll eine gemischte Kommission einen Plan ausarbeiten, um das ganze Eisenbahnnetz zu einem einheitlichen System im Industriegebiet zusammen zu fassen.
4. Es ist klar, daß eine politische Grenze auch sofort zur Zollgrenze wird. Um dem zu begegnen, sollen zwei Uebergangsperioden eingerichtet werden, a) eine von 6 Monaten, b) eine von 14 1/2 Jahre, während der die normale Durchführung der Zollgesetzgebung aufgehoben werden soll.
5. Während der 6 Monatsperiode sollen beide Teile vollständige Freiheit genießen, ihre Wirtschaft so zu organisieren, als ob die politische Grenze nicht bestände.
6. In der 14 1/2-jährigen Periode dürfen alle Rohstoffe die Grenze ohne Zoll passieren, ebenso Güter, die gebraucht werden.
7. Die gemischte Kommission soll ein allgemeines Abkommen zwischen Deutschland und Polen, für den ungehinderten Export der Rohstoffe, die von der Industrie gebraucht werden, ausarbeiten.
- Ein besonderer Paragraph soll eingeführt werden, durch den Deutschland verboten wird Einfuhrzölle auf polnische Güter zu erheben.
8. Während der 15 Jahre dürfen keine gewaltsamen Entfernungen von Privat-Immunität auf irgend einer Seite stattfinden.
9. Die Deutschen auf der polnischen Seite haben das Recht, während einer Dauer von 15 Jahren für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren.
10. Die deutsche Waise ist als gesetzliches Zahlungsmittel auch in der polnischen Zone anzuerkennen.
11. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibt solange in Kraft, bis die polnische Regierung entsprechende Gesetze erläßt.
12. Die Wasserversorgung im Industriegebiet soll so eingerichtet werden, daß sie unter dauernder internationaler Kontrolle bleibt.
13. Bezüglich der Lieferung von elektrischer Kraft wird dafür gesorgt, daß die jetzige Kraftlieferung nicht unterbrochen wird. Die Polen erhalten das Recht, nach Ablauf von drei Jahren die eine der beiden Kraftstationen im Industriegebiet zu kaufen. Die eine liegt auf deutschem und die andere auf polnischem Gebiet.

Die Polen werden also das Recht haben, die Kraftstation Chorzow zu kaufen.

Über die genaue Grenzführung kann mitgeteilt werden, daß außer Blyz und Rybnik auch Kattowitz trotz seiner deutschen Mehrheit von fast 80%, Abgeschiedene trotz deutscher Mehrheit von über 21000 Einwohnern und Lublitz an Polen abgetreten werden.

#### Die internationale Wirtschaftskonferenz für eine neue Abstimmung in Oberschlesien.

London, 16. Oktober. Westminster Gazette veröffentlicht ein von Fimmen, Hobson, Kenworthy, Bouquet, Sir George Ball und Lord Barmoor unterzeichnetes Schreiben, in dem diese als Teilnehmer an der internationalen Wirtschaftskonferenz, die in der letzten Woche hier tagte, verkünden, die Völkerbundesentscheidung in der ober-schlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der schwerste Schlag für die Aussichten auf den Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Niemand werde mit den Vorschlägen des Völkerbundes weniger einverstanden sein als die ober-schlesische Bevölkerung selbst, und zwar weder der polnische noch der deutsche Teil der Bevölkerung. Es würde daher, wenn die Entscheidung angenommen werden sollte, nur recht und billig sein, wenn zugleich eine neue Abstimmung vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhielte, zu wählen:

1. zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird,
2. zwischen einem angeteilten deutschen Oberschlesien,
3. zwischen einem angeteilten polnischen Oberschlesien und
4. zwischen einem unabhängigen Oberschlesien unter der Leitung des Völkerbundes.

#### Oberschlesische Bürgermeistertagung.

Oppeln, 15. Oktober. Unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Knechtbauer fand in Oppeln im Stadtverordnetenversammlungssaal eine ober-schlesische Bürgermeistertagung statt, die sich mit der ober-schlesischen Frage beschäftigte. Es waren vertreten die Bürgermeister der Städte Oppeln, Probsthitz, Oberglogau, Rybnik, Lublitz, Barmwitz, Neisse, Grottkau, Sosnow, Koslow, Gleiwitz, Iffez, Bratzen, Tarnowitz, Jegenhals, Kropitz, Falkenberg, Ratibor, Groß-Strehlitz, Loß, Wylowitz, Gohel, Kattowitz und Kreuzburg. Die Konferenz beschloß einstimmig, eine Protestentscheidung an folgende Stellen abzuschicken: Oberster Rat in Paris und die Premierminister Lloyd George, London, Orlando, Paris, Bonomi-Rom. In der Entscheidung wird zum Ausdruck gebracht, daß eine Zerstückelung Oberschlesiens zum Untergang führen müsse.

Der Gewerkschaftsring Oberschlesiens hat nach Genf das Ersuchen telegraphisch, Oberschlesien angeteilt bei Deutschland zu lassen und eine Kommission von Sachverständigen nach Oberschlesien zu entsenden, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.

#### Eine Kundgebung in Breslau.

Breslau, 14. Oktober. In der mächtigen Jahrhunderthalle und auf dem weiten Schloßplatz waren viele tausende Breslauer zusammengekommen, um den Protest gegen die Zerstückelung des ober-schlesischen Landes darzutun. Von den Rednern sprach an Stelle des Reichstagspräsidenten Dr. Brüning der Reichstagsabgeordnete Rheinbaben, Außenminister a. D. Hüge, Reichstagsabgeordneter Herfeld und andere hervorragende schlesische Vertreter der einzelnen politischen Parteien. Die Zahl der Teilnehmer ist auf dem Schloßplatz mit 30000 nicht zu hoch geschätzt. In der Jahrhunderthalle durften 10000 Personen voranstellen gewesen sein. Alle Redner betonten, daß es sich nicht um das Schicksal Oberschlesiens, sondern um das ganze Vaterland handelt. In letzter Stunde müsse noch einmal an das Gewissen der Welt appelliert werden, daß man unserer Forderung nach Recht und Gerechtigkeit nachkomme.

An beiden Orten wurde nach den Ausführungen der Redner eine Entscheidung angenommen, die den Völkerbund und den Obersten Rat anfordert, der Volksabstimmung Rechnung zu tragen. Die Kundgebungen verliefen ohne Zwischenfälle.

Auch der schlesische Städtetag hat an den Reichstagskanzler ein Telegramm abgeschickt, in dem gegen die nach Zeitungsberichten bekanntgewordene Zerstückelung Oberschlesiens scharfster Einspruch erhoben wird.

#### Grenzziehung und Wirtschaftsabkommen.

Paris, 16. Oktober. In einem Bericht über die diplomatische Lage beschäftigt sich die Havasagentur mit den Einzelheiten, die in der gestrigen Sitzung der Völkerbundeskonferenz noch nicht geregelt werden. Die Engländer vertreten den Standpunkt, daß die Lösung von Genf ein unteilbares Ganzes darstelle, die Grenzziehung

mitte notwendigerweise zu gleicher Zeit mit dem provisorischen regime wirtschaftlicher Anpassung verbunden sein. Wenn auch der Vertrag den Alliierten das Recht gäbe, den beiden Staaten eine territoriale Trennung in Oberschlesien aufzuzwingen, so sei es ihnen nicht gestattet, den gleichen Staaten diese oder jene wirtschaftliche Konvention aufzuzwingen. Die englischen Vertreter fragen deshalb, was die Alliierten tun könnten, wenn eine der beiden Parteien sich weigern würde, die in Genf empfohlene wirtschaftliche Konvention abzuschließen. Man scheint nach dieser Richtung in London hauptsächlich an dem guten Willen Polens zu zweifeln. Man fragt ferner, ob denn eine Frage noch offen gelassen werden könne, die, wenn sie noch länger in der Schwebe bleibe, den W. Alliierten in Gefahr bringen werde. Von französischer Seite erklärte man, daß die Genfer Vorschläge zwei Teile enthalten, die sich ergänzen, die aber voneinander unabhängig seien. Die eine bestehe die Grenzabstimmung und könne Polen und Deutschland aufgezwungen werden, der andere, das provisorische Wirtschaftsregime, kann nur empfohlen werden, da der Vertrag den Alliierten das Recht nicht gestatte, eine Zwangsmaßnahme anzunehmen. Aus diesem Grunde schlägt man in den französischen Kreisen folgendes Verfahren vor: Man benachrichtige Berlin und Warschau formell über die neue Grenzlinie. Nach Artikel 88 Abs. 6 seien die polnischen und die deutschen Behörden verpflichtet, im Laufe eines Monats nach der Notifizierung die Verwaltung der zugehörigen Gebiete zu übernehmen. Gel das geschehen, dann nehme die Befugnis der internationalen Oberkommission ein Ende. Es wäre dann räsonnabel, daß im Laufe eines Monats Polen und Deutschland die vom Völkerbund empfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abschließen. In diesem Zweck teile man ihnen die Vorschläge des Völkerbundes mit und die Völkerbundeskonferenz verpflichte die beiden Regierungen, sofort Bevollmächtigte zum Abschlüsse für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens notwendigen Abkommen zu ernennen. Warschau und Berlin sollten dann aufgefordert werden, auch ihre Delegierten für die gemischte Verwaltungskommission zu bestimmen, und der Völkerbund seinerseits werde unverzüglich den Präsidenten neutraler Nationalität für diese Kommission ernennen. Mit einem Wort, man appellierte an die Weisheit der beiden Völker, damit sie nach gewissen Ueberlegungen das Ubergangsregime, das die neue Lage verlange, festlegten. Polen könnte sich dieser Verpflichtung nicht entziehen, da es nach Art. 90 des Friedensvertrages die Verpflichtung übernommen habe, während der Dauer von 15 Jahren den Export von Bodenerzeugnissen aus dem ihm abgetretenen Gebiet nach Deutschland zu gestatten. Nach Lage der Dinge aber habe Deutschland ein Interesse daran, so wie vorgeschlagen zu verfahren. Auf englischer Seite glaube man nicht, daß die wirtschaftlichen Abkommen innerhalb eines Monats abgeschlossen werden könnten. Aus diesem Grunde empfehle man, die Notifizierung der Grenze hinauszuschieben, um zunächst die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen voranzutreiben. Am kommenden Montag werde der französische Justizminister Fromageot der Völkerbundeskonferenz seine Vorschläge über die der polnischen und der deutschen Regierung zu machende Mitteilung vorlegen.

#### Um Lublitz und Tarnowitz.

Genf, 15. Oktober. Die Teilungslinie in Oberschlesien scheint nach Ableitung von gut-unterrichteter Seite jedenfalls nicht die Städte Lublitz und Tarnowitz Polen zugewandten. In diesen beiden Kreisen soll nur eine Art von Grenzberichtigung zu Gunsten Polens vorgenommen werden. Ebenso soll der Nordwestteil des Kreises Rybnik bei Deutschland verbleiben, jedoch die Stadt Rybnik nicht abgetrennt von der Grenz entfernt liegt.

#### Noch keine Entscheidung.

Kattowitz, 15. Oktober. Von bestunterrichteter, zuverlässiger englischer Seite in Oppeln wird mit der ausdrücklichen Ermächtigung zur Veröffentlichung mitgeteilt, daß eine Entscheidung über Oberschlesien offiziell noch nicht getroffen ist und daß alle bisher darüber verbreiteten Meldungen falsch wären.

#### Die Aufnahme der ober-schlesischen Entscheidung in Warschau.

Warschau, 14. Oktober. Die ersten Nachrichten über die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage trafen in Warschau erst am 12. Oktober ein. Die Presse verhält sich zunächst reserviert. Der „Kurjer Warszawski“ bemerkt, daß die Teilung in keiner Weise der Sforzalinie entspricht. „Gazeta Warszawska“ meint, daß beide Länder die bei der Abstimmung erreichte Stimmenzahl zugewiesen erhalten hätten. Besten aber setzte ein allgemeiner Presseskandal.



gegen die in Genf beschlossene Lösung ein, die als eine sinnlose und ungerechte Willektion eines lebendigen Wirtschaftsorganismus bezeichnet wird, die den gerechten politischen Ansprüchen auf das gesamte obersteile Industriegebiet hochspricht.

#### Eine Prämie auf die Revanche.

Paris, 13. Oktober. St. Brier, der die Zuteilung des gesamten obersteileichen Industriegebiets an Polen beschwor, schreibt im „Journal“, man könne sich nicht verhehlen, daß die Teilung eines mächtigen Industrieorganismus seinen Ruin nach sich ziehen müßte. Entweder die wirtschaftliche Kommission für Oberschlesien sei eine Fiktion und verbinde nicht den Ausbruch der Revolution oder sie habe eine ernste Tätigkeit aus: dann arbeite sie an der Grenzschleifung. Deutschland habe alle Kräfte in den Händen: die erworbene Stellung, den Mechanismus und die Macht des Organismus. Auf diesem Gebiete könne Polen nicht einmal versuchen zu kämpfen und wenn die wirtschaftliche Einheit aufrechterhalten bleibe, wie lange könne dann die künstliche territoriale Trennung gegenüber den Interessen Widerstand leisten? Noch einmal biete man, indem man Deutschland anspionierte, ihm eine Prämie auf die Revanche.

#### Verhandlungen über die Hinauschiebung der Entscheidung.

Paris, 17. Oktober. Der vollständige und genaue Vorlauf der von der Entente ratifizierten Genfer Entscheidung über Oberschlesien ist noch immer nicht bekanntgegeben. Heute mittag fand eine neue Sitzung des Obersten Rates statt. Die Diskussion bewegte sich jetzt um die Frage, ob die Genfer Entscheidung sofort vollzogen werden sollte, ob man infolgedessen in Berlin und Warschau die neue Grenzlinie sofort notifizieren sollte und gemäß dem Berliner Vertrag binnen dreißig Tagen die Interalliierte Kommission in Oppeln sowie sämtliche Garantoren der Ententeversion zurückerufen müßte. Engländer, die die Genfer Entscheidung erheben worden. Die Engländer vertreten die Auffassung, daß der Abschluß der politischen und wirtschaftlichen Abmachungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung infolge der komplizierten Verhältnisse binnen einem Monat nicht zustandekommen könnten und in London müßte man deshalb mit einer Notifizierung der neuen Grenzlinie und ebenso mit dem Vollzug der Antikriegsentscheidung solange warten, bis die vom Völkerbundrat angeregten oder vielmehr vorgeschriebenen Konventionen von der deutschen und der polnischen Regierung unterzeichnet worden sind.

#### Eine juristische Prüfung ist noch notwendig.

Paris, 17. Oktober. Die Sitzung der Völkerbundkonferenz, die heute nachmittags wegen der Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundrates über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt und wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen. Man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Moxley.

### Totales u. Provinzielles.

Cobran D.C., den 18. Oktober 1921.

§ (Die Schängende Cobran) hält am Sonntag den 23. d. M. nachmittags 4 Uhr im Schängenhause eine außerordentliche Generalversammlung ab. (S. Fol.)

§ (Militärrenten H.) Am nächsten Zahlungstermin, den 29. d. M., wird beim ständigen Postamt und den gehörigen Postagenturen den Empfängern von laufenden Militärversorgungsgeldern rückwirkend vom 1. August 1921 an ein laufender Zinsenrückzahlung gezahlt; er beträgt für jede Witwe 25 Mark monatlich, für jede Witwe 15 Mark monatlich, für jeden Elternteil 15 Mark monatlich. Beispiele: Eine Witwe, die für 3 Kinder (Waisen) zu sorgen hat, erhält  $25 + 3 \times 15 = 70$  Mark, Vater und Mutter (2 Elternteile) erhalten  $2 \times 15 = 30$  Mark monatlich.

§ (Erhöhung der Ständegeldsätze.) Um den Wagenumlauf zu beschleunigen und die ordnungsmäßige Abwicklung des Verkehrs sicherzustellen, werden gemäß § 80 (8) der Eisenbahn-Verkehrsordnung mit Wirkung vom 17. 10. 1921 an mit Genehmigung der Landesverkehrsbehörde die Ständegeldsätze wie folgt erhöht: für die ersten 24 Stunden von 20 Mk. auf 100 Mk., für die zweiten 24 Stunden von 30 Mk. auf 150 Mk., für jede weiteren 24 Stunden von 50 Mk. auf 250 Mk. Erhöhte Ständegelder werden aus Billigkeitsgründen grundsätzlich nicht erlassen.

§ (50 Jahre Gymnasium Rattow.) Am Sonntag feierte das Gymnasium Rattow sein 50jähriges Jubiläum.

#### • (Wann wird die Ortsgesprächsgeldgebühr von 25 Pf. berechnet und wann nicht?)

Nach der neuen Gesprächsordnung ist die Ortsgesprächsgeldgebühr von 25 Pf. fällig, wenn der Anruf der Anruferin mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist und diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Solange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet. Ist der Teilnehmer an eine Hauptzentrale angeschlossen, z. B. in einem großen Geschäftshaus, und antwortet er hier auf Anruf seitens seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgeldgebühr fällig, weil die Verbindung des Ferngesprächsteils mit der Zentrale mit Erfolg hergestellt worden war und die Zentrale in diesem Falle für das Gespräch die Stelle des angerufenen Teilnehmers vertritt. Wirkt sich ein angerufener Teilnehmer und ist der anrufende Teil, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinem Amt durch das sogenannte Falschsprechen (beträchtliches langsame Wiederholen der dem gleichen Namen bei Falschsprechen oder bei bewußt in Falschsprechen bei Wankgesprächen) zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei und der Beamte den Sachverhalt zur Berichtigung der Gesprächsliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Behauptung, daß die Falschverbindungen, die häufig zur Hälfte durch Versehen der angerufenen Teilnehmer selbst herbeigeführt werden, seit dem 1. Oktober erheblich zugenommen hätten, ist unzutreffend. Nach den bei den Fernsprechämtern dauernd geführten Kontrollen nehmen die Falschverbindungen im Gegenteil seit Einführung der besonderen Zahlungsaussprache fortgesetzt ab. Auch die vorzeitigen Trennungen von Gesprächen werden weiter zurückgefallen, weil das Fernsprechpersonal seit Einführung des Ortsgesprächsteils mit größerer Ruhe arbeiten kann, indem viele überflüssige Gespräche (Blaulernen und dergleichen) jetzt weggelassen sind und die Beamten deshalb die Verbindungen nicht mehr in so großer Hast wie unter der früheren Unterbrechung des Betriebes herzustellen brauchen. Die Anwendung des Falschsprechens in den vorhergehenden Fällen ist unvermeidlich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Doppelverbindung von Gesprächsteilen schützen will. Denn die Beamten weiß von dem Bestehen einer Falsch- oder Doppelverbindung oder einer Unterbrechung nichts, weil sie wissen, daß dies nicht herbeigeführt hat und sie in den Fällen, wo ihr der rufende Teilnehmer eine falsche Nummer nennt oder wo ein vorübergehender kleiner Fehler im Wortsprache des Anrufers eine Doppelverbindung hervorruft, hierfür überhaupt nichts kann. Auch im Ausland, wo wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und anderen Ländern, die mit dem Gesprächsteil seit Jahr und Tag arbeiten, begreifen die Beamten ebenso einzuwirken, ist der Teilnehmer geübt, das falsche Mittel anzuwenden, weil es eine andere technische Lösung nicht gibt.

Die Ortsgesprächsgeldgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustandekommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder befragt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Verbindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperrung, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann. Ebenso wenig sind alle Anweisungen von Ferngesprächen, sowie Gespräche der Teilnehmer mit Betriebsstellen des Amtes (Stellung, Auskunft, Beschwerde und Anträge) in Angelegenheiten des Ferngesprächsteils nicht gebührenpflichtig.

#### • (Wahnsinnige Zenerung in Wien.)

Die die „Reichspost“ leitete, ist die Kreditaktion des Völkerbundes für Österreich abermals in Stockung geraten. Zuvor hatte die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts ins Märchenhafte fort. Laut der „Reichspost“ wird der Preis für ein Weißbrot von 48 auf 80 Kronen, der des Weins von 10 auf 240 Kronen vom Montag, den 17. Oktober ab erhöht. Alle Staatsbeamten und Arbeiterkategorien stellen neue Forderungen auf abermalige Erhöhung ihrer erst vor vier Wochen erhöhten Bezüge um 80 Prozent.

Am Samstag haben sich die Demonstrationen gegen den Lebensmittel- und Währungsdruck in größtem Umfang wiederholt. Die großen Läden waren den ganzen Tag über geschlossen, die Hotels wurden durch starke Polizeiangehörige geschützt. Auf dem Marktplatz war der größte Teil der Händler nicht erschienen. Tausende von Demonstranten, besonders viele Frauen, durchzogen die Straßen, wurden aber von der inneren Stadt ferngehalten. Der Preis für 1 Kilogramm Fett ist auf 1400 Kronen gestiegen.

• (Für Oppau.) Für die durch das Oppauer Explosionsunglück in Not geratenen

Winterkinder der verunglückten Arbeiter und Angehörigen hat ein nicht genannter sehr wohlhabender Spender aus Rattow 50000 Mark gestiftet.

• (Ein färsorglicher Selbstmörder.) Ein Selbstmörder, der sich schon vor längerer Zeit den Berg selbst besorgt hatte, ist der 55 Jahre alte Schuhmacher und Hausknecht Dienel in Friedersdorf bei Reichensdorf. Nach allen von ihm zum Begräbnis getroffenen Vereinbarungen erhob er sich.

• (1330 Mark für einen Rache.) Der frühere Hausherr von Pansdorf, Fischermeister Emil Selbach, lebt in Benth (Bezirk Magdeburg), lag in der Ober einen 35 Pfund schweren Silberkass. Derselbe war 1,20 m lang und brachte in Breslau beim Verkauf 1330 Mk.

• (Drei Todesurteile bestätigt.) Vor dem Schwurgericht in Oppeln hatten sich am Sonntagabend der Arbeiter August Kalisch, der Arbeiter Edward Kossler und der Friseurmeister August Kalisch, sämtlich aus Oppeln, (Groß-Stein) zu verantworten. Es wird ihnen zur Last gelegt, am 21. November 1919 in U. R. bei dem Gasthausbesitzer Kossler einen Glasbruch verübt zu haben, wobei Kossler erschossen wurde. Bei der ersten Schwurgerichtssitzung hatten die Geschworenen die Angeklagten des Todes für schuldig erklärt, die Verhandlung wurde aber heute wiederholt werden, da das Reichsgericht das Urteil wegen eines formellen Fehlers aufgehoben und die nochmaligen Verhandlungen nach Oppeln zurückverwiesen hatte. Das Gericht erkannte wiederum, da die Geschworenen die Angeklagten des Mordes und Raches für schuldig erklärten, gegen alle drei Angeklagten auf Todesstrafe.

Rechnung, 17. Oktober. Bräutigam mit einer halben Million gestiftet hat ein Rattow der jenseits der Grenze. Es war zunächst im Cafe Scholz, wo er nach Begleichung seiner 300 ein Wägen, in Zeitungspapier gewickelt, auf dem Tisch liegen ließ und sich darauf konzentrierte. Der Geschäftsinhaber glaubte, es wäre ein paar Unterhaltungen und hob das Papier unter dem Berapparat auf, um es dem Fremden zu geben, wenn der nach demselben fragte. Als der Mann nicht zurückkam, sah Sch. doch nach und entdeckte zu seinem Staunen, daß das Wägen 450 Tausendmarktscheine polnischer Währung enthielt. Erst viel später kam dann der Mann nochmals und fragte, ob er nicht ein Wägen mit 450000 Mark habe liegen lassen. Rache scheint ihm die Sache nicht gegangen zu sein, denn er zeigte auch nicht die Freude, als Sch. ihm das Geld gab. Am Abend ließ der Mann das Geld wieder am Tisch im Wägen liegen, als er am das Wägen an den Fahrkartenschalter ging. Aber auch da scheint kein Mensch in der nachdenklichen Stimmung die halbe Million vermutet zu haben, denn das Wägen lag noch an seiner Stelle, als der Mann nach ca. 20 Minuten wieder in den Wägen kam.

Rechnung, 17. Oktober. Abends gegen 8 Uhr brangen 7 bewaffnete Banditen in das zwischen Reichensdorf und Rattow gelegene Anwesen der Frau Manbrella (Wohlfahrt - Mühle), zogen alle im Hause anwesenden Personen in ein Zimmer und raubten, nachdem die Frau die verlangte Summe freiwillig nicht herausgab, nach Durchsuchung des Hauses 18000 Mark Bargeld, 3 silberne Taschenuhren, 1 goldene Damenuhr, 2 silberne Damenuhren, mehrere goldene Ringe und sonstige Wertgegenstände.

Reichensdorf, 17. Oktober. Als des Rattenraubes auf der Rattenrube verdächtig verhaftete die G. W. Ludwig Kellowski und Johann Lazar. Sie wurden in das Gerichtshaus des Reichensdorf überführt.

Rattow, 17. Oktober. Freitag abend 6 1/2 Uhr wurde die Feuerwehralarmiert. Ein Brand war im Rattowischen Brauereihause ausgebrochen und drohte infolge des starken Windes einen starken Umfang anzunehmen. Die Feuerwehren aus Rattow und Umgebung waren alsbald zur Stelle und löschten das Feuer in etwa zwei Stunden, jedoch nahmen die Aufräumungsarbeiten noch viel Zeit in Anspruch. Der Vachmann, wo das Feuer ausgebrochen ist, wurde ein Raub der Flammen. Unter den dort liegenden Räumen riefen eine große Panik, sie sind aber alle in Sicherheit gebracht worden. Der Rattow südlichen Stadteil herrschende große Wassermangel machte sich auch diesmal recht fühlbar. Französische Truppen waren zur Hilfeleistung sowie Abperrung der Straßen aufgeboten worden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht fest.

**Läuse Wanzen**  
Schwaben  
Fische  
Goldwurm  
10000 sind aufsteigende  
Geflügelte Sie in  
12 Stunden  
nur mit (b. Nachm. hergele.) werden Sie  
Berlangen Sie nur Goldwurm  
Geflügelte Sie in  
12 Stunden  
nur mit (b. Nachm. hergele.) werden Sie  
Berlangen Sie nur Goldwurm  
Geflügelte Sie in  
12 Stunden  
nur mit (b. Nachm. hergele.) werden Sie  
Berlangen Sie nur Goldwurm

**Bekanntmachung.**  
Alle diejenigen Personen, welche im Jahre 1922 ein Gewerbe im Umhergehen bezw. ein Wandergewerbe ausüben beabsichtigen, wollen die bezüglich Anträge unter Vorlegung des diesjährigen Wanderwerbscheins nach dem Bildes in der hiesigen Polizeiwache, Zimmer Nr. 2, bis zum 1. November cr. stellen.  
Sohrau OS., den 17. Oktober 1921.  
Die Polizei-Verwaltung. Laub.

Unserem Vorstandsmitgliede,  
Herrn Kaufmann Beigel  
nebst Frau Gemahlin  
die herzlichsten Glückwünsche  
zur Silberhochzeit  
Sohrau, den 18. Oktober 1921.

Vorstand und Aufsichtsrat  
der Handwerker- und Gewerbebank.



**Schützengilde Sohrau.**

Sonntag, den 23. Oktober,  
nachmittags 4 Uhr:

**Außerordentliche  
General-Verammlung**  
im Schützenhause.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandswahl.
2. Statutenänderung.
3. Rechnungslegung.
4. Sonstige Anträge.

Der Vorstand.

**Sohrauer Lichtspiele**

Zum Mittwoch, den 19. Oktober cr.:  
I.

**Der Vogel im Käfig!**

(.... und vergib uns unsere Schuld!)

Filmroman der berühmten  
**Frauenklasse!**

II.  
**Fräulein Stellvertreter!**

Lustspiel.

— Anfang 7 Uhr. —

**Goldene Trauringe u. Ohrringe**

in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei  
Engelmann, Sohrau (Rufschowa.)

**Ein möbliertes Zimmer**

mit Person ist sofort zu vermieten. Näheres  
in der Exped. d. Bl.

**Ein groß. jung. Wachhund**  
ist zu verkaufen. Carl Sezepanek.

**Ein Pianino**

wird sofort zu kaufen gesucht. B. Elias.

**Gebrauchte Glastif-  
Schuhmacher-Nähmaschine**

zu verkaufen. Anfragen in der Exped. d. Bl.

**Kalender für 1922:**

Regensburg'scher Morienkalender  
Christlicher Familienkalender  
St. Michaelskalender

Köhler's Deutscher Kalender  
Paynes Illust. Familienkalender  
sind eingetroffen.

P. Humold's Buch- und Papierhandlung.

Heute mittag 12 Uhr verschied plötzlich meine liebe gute Frau,  
unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester,  
Schwägerin, Tante

**Frau Rosalie Brauer**

geb. Guttman

im 65. Lebensjahr.

Sohrau OS, Kattowitz, den 16. Oktober 1921.

Im tiefsten Schmerz, im Namen der Hinterbliebenen:

**David Brauer.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Oktober, nachmittags 2 1/2  
Uhr in Kattowitz vom Trauerhaus, Heinzelstraße 10, statt.

✻ **Voranzeige!** ✻

Sonntag, den 23. Oktober cr. wird im Mazurek'schen  
Saale ein neues Lichtspielunternehmen unter dem Namen

**Palast-Theater**

eröffnet. Wir werden bemüht sein, das Beste vom  
besten zu bringen.

Die Direktion: B. Elias.

Beachten Sie bitte Inserat am Freitag!!!

Sämtliche  
**Drucksachen**

für den Geschäfts- u. Privatbedarf  
u. a. Rechnungen, Mit-  
teilungen, Postkarten  
Couverts m. Firma  
werden geschmackvoll und preisgemäß  
angefertigt

P. Humold, Stadtbuchdruckerei  
Sohrau OS.

2 Stück kleine oder große

**Laden-Regale**

mit oder ohne Verglasung  
zu kaufen gesucht.

**P. Lipina,**  
Sohrau OS., Ring.

**Bekanntmachung! Gift!**

Ich beabsichtige mein in der Gemeinde  
Stande (Kreis Plesch) gelegenes Haus-  
grundstück Nr. 119 in Größe von 32  
Morgen Ackerland mit Wohnhaus, Stallung  
und Scheune, mit totem und lebendem In-  
ventar gegen Barzahlung zu verkaufen.  
Nach Kauf kann Uebnahme erfolgen.

Stande, den 18. Oktober 1921.

Halbbauer Brych.

**Kontrollkasse**

National, geg. bar zu kaufen gesucht.  
Angab. u. B. N. K 7693 a. Exp. d. Stg.

**Ata**  
Henkel's  
Scheuerpulver



**Ata** eignet sich für alle  
Küchengeräte besonders  
auch für Öfen, Badewannen,  
Klosetts, Marmor, Steinböden.  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

Zwei tüchtige und verlässliche

**Hausmädchen**

werden für einen Willenshaushalt von vier  
Personen in Berlin-Spandau gesucht.  
M. 150—200 Lohn für gute Kraft. Ange-  
bote mit Zeugnisabschriften oder Empfehlun-  
gen an die Billa Columbus, Berlin-  
Spandau, Kaiserstr. 2.

**Für Flechten-Kranke!**

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch  
veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit  
meinem vielbewährten **Flechtenhehl** in  
8 bis 14 Tagen. — Zahlreiche Dankschreiben.  
Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.  
F. Müller, Heilkundiger, Bremen  
Grosse Krummenstr. 28. Sprechst.: 9-10 u. 3-4 Uhr.